



## Der ZFD an der Schnittstelle von Menschenrechten und Konflikttransformation

### Ausgangssituation

Menschenrechte und Frieden sind eng miteinander verbunden. Menschenrechtsverletzungen können sowohl Ursache als auch Folge von Krisen und gewaltsamen Konflikten sein. Die andauernde und systematische Vorenthaltung von Menschenrechten bedingt Gewaltkonflikte: Überall dort, wo gesellschaftliche Strukturen und die Organisationsform und Funktionsweise des Staates und seiner Institutionen die Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen von der Teilhabe am politischen, sozialen und ökonomischen Leben bedingen, bietet sich der Nährboden für Konflikte. Auswirkungen von Gewalt sind Verletzungen an Leib und Leben, Einschüchterung der politischen Opposition, Vertreibung oder Zerstörung ziviler Infrastruktur. Fehlen Mechanismen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, werden Konflikte gewaltsam ausgetragen.

Als Ursachen von Konflikten wahrgenommen, lenken Menschenrechtsverletzungen den Blick auf die strukturellen und kulturellen Konfliktursachen, die Rolle des Staates, Macht, Ressourcen und Verantwortung. Notwendigkeiten von Schutz, Empowerment und Statebuilding werden deutlich. Darüber hinaus bieten Menschenrechte einen rechtlich verbindlichen und international legitimierten normativen Referenzrahmen.

Folglich ist die Gewährleistung der Menschenrechte und deren Beachtung im Kontext von Prävention, Beilegung und Nachsorge gewaltsamer Konflikte ebenso relevant wie die Transformation der gewaltsamen Konfliktaustragung hin zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung und dem (Wieder-) Aufbau von Beziehungen zwischen Konfliktparteien.

### Arbeitsansatz des ZFD

Der ZFD arbeitet an der Schnittstelle von Menschenrechtsarbeit und Konflikttransformation. Er

entsendet Fachkräfte in Krisen- und Konfliktregionen, wo sie zusammen mit lokalen Partnern die Prävention, den Abbau und die Nachsorge von Gewalt sowie die Verwirklichung der Menschenrechte fördern.

Der ZFD integriert den Menschenrechtsansatz<sup>1</sup> systematisch in die Analyse, Planung, Durchführung und Auswertung seiner Maßnahmen und stellt damit die Verankerung von Menschenrechtsstandards und -prinzipien sowohl im Prozess als auch im Ergebnis der Konfliktbearbeitung sicher.

Dies ergänzt die im Rahmen der zivilen Konfliktbearbeitung bereits vorhandenen Elemente wie Partizipation, Empowerment, Gewaltfreiheit, Empathie und Allparteilichkeit um die Fokussierung auf Recht, Politik, Macht und Verantwortung, Vulnerabilität und die Rolle des Staates sowie die Beziehung zwischen Rechtsinhaber/-innen und Pflichtenträger/-innen. Die dadurch vertiefte Konfliktanalyse macht strukturellen Veränderungsbedarf sichtbar. Sie zeigt Interventionsmöglichkeiten und -grenzen kontextbezogen auf, identifiziert Schlüsselakteure und ermöglicht es, ganzheitliche Interventionen zu planen, die insbesondere die Ursachen des Konfliktes in den Blick nehmen und auf einen nachhaltigen positiven Frieden zielen.

### Zielgruppen und Partner des ZFD

Die Programme des ZFD vereinen Akteure der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Menschenrechtsarbeit. Abhängig vom Kontext finden menschenrechtliche Belange expliziten Eingang in ZFD-Maßnahmen bzw. werden anderen Akteuren überlassen. Dazu verortet sich der ZFD in einem Akteurssystem, in dem situationsbedingt das vernetzte oder separate (aber koordinierte) Agieren jedes einzelnen mit seiner spezifischen Rolle von Bedeutung ist.

<sup>1</sup> Der ZFD/GIZ erarbeitete zusammen mit dem KC Frieden und Sicherheit eine Arbeitshilfe zur Integration konfliktsensitiven Vorgehens, des Menschenrechtsansatzes und Gender. Sie besteht aus einer Matrix, die den

Nutzer/innen hilft, die Ergebnisse der Friedens- und Konfliktanalyse zusammenzutragen. Siehe <https://dms.giz.de/dms/llisapi.dll/app/nodes/99492466>.

Zielgruppen des ZFD-Engagements sind Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Gewalt, z.B. indigene Gruppen, Frauen, Kinder und Jugendliche. Die Arbeit des ZFD zielt auf deren Stärkung als Rechtsinhaber/-innen, im Sinne des Empowerments zur gesellschaftlichen Partizipation und gewaltfreien Einforderung ihrer Rechte. Darüber hinaus stärkt der ZFD staatliche Institutionen als Pflichtenträger in ihrem Mandat, Menschenrechte zu respektieren, zu garantieren und zu schützen sowie Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen und vorzubeugen.

Partner des ZFD sind sowohl zivilgesellschaftliche als auch staatliche Akteure sowie die Medien. Wichtiges Kriterium für die Auswahl der Partner ist deren Offenheit und allparteiliche Haltung auch jenen Konfliktparteien gegenüber, die verantwortlich sind für Gewalt und Menschenrechtsverletzungen.

### **Beitrag des ZFD**

Die Programme und Projekte des ZFD leisten an der Schnittstelle von Menschenrechten und Konflikttransformation Beiträge in folgenden Bereichen:

- Stärkung benachteiligter Gruppen zur gewaltfreien Einforderung der Menschenrechte sowie in ihrem Zugang zu Menschenrechten

- Training und Beratung von Menschenrechtsakteuren in Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung
- Beratung und Stärkung staatlicher Institutionen in der Analyse, Beobachtung und Transformation sozialer Konflikte insbesondere unter Berücksichtigung der Menschenrechte
- Stärkung nationaler Menschenrechtsinstitutionen zur Verwirklichung ihres Mandats
- Unterstützung bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen im Kontext von Vergangenheitsarbeit unter Einbezug aller gesellschaftlicher Gruppen
- Förderung der Sensibilisierungs-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zum Thema Menschenrechte
- Förderung des Dialogs zwischen Staat und Zivilgesellschaft sowie des gesamtgesellschaftlichen Dialogs zu menschenrechtlichen Themen
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Partizipation bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Menschenrechtsorganisationen
- Förderung der Vereinbarkeit von traditionellem (indigenen) und modernem Recht im Rahmen der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten



## Kambodscha: Versöhnung und Gerechtigkeit im Umfeld des Khmer-Rouge-Tribunals

Unter der Diktatur der Roten Khmer starb zwischen 1975 und 1979 etwa ein Viertel der Bevölkerung durch Zwangsarbeit, Hungersnöte, Folter und Mord. Bis heute, fast 40 Jahre nach den Khmer Rouge, ist die kambodschanische Gesellschaft durch den politischen Massenmord und Jahrzehnte des Bürgerkriegs traumatisiert. Zwar sind 60 bis 70 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung unter 30 Jahre alt und kennen somit die Geschichte nur aus Erzählungen, das Schweigen über die Verbrechen und eine fehlende Vergangenheitsarbeit jedoch bedingen, dass die junge Generation unter den Folgen der Traumatisierung aufwächst. Politische Bedenken haben zu einer Ausblendung der Zeit der Khmer Rouge geführt, wodurch dieser Teil der Geschichte auch im öffentlichen Bildungssystem eine untergeordnete Rolle spielt. Die Vergangenheit lastet dadurch auf der gesamten Gesellschaft und behindert das Land in einem friedlichen Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen. Ebenso führt ein historisch verwurzelter Rassismus gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten zu gesellschaftlichen Konflikten, die einer positiven Entwicklung in gleicher Weise im Wege stehen. Mit dem Bürgerkrieg entstand eine Kultur der Straflosigkeit, die eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Probleme des Landes darstellt. Selbstjustiz – oft in extrem gewalttätiger Form – ist stark verbreitet und Ausdruck für Frustration über die Willkür und Schwäche der Sicherheitsbehörden. Das schwache und korrupte Justizsystem begünstigt Menschenrechtsverletzungen. Darüber hinaus verursachte die weitgehende Zerstörung traditionell gewachsener gesellschaftlicher Strukturen während der Herrschaftszeit der Khmer Rouge einen dramatischen Werteverfall. Dieser äußert sich in der Gewaltausübung, die in Politik und Gesellschaft fast schon zur Normalität geworden ist. All dies hat ein großes Konfliktpotential aufgebaut und der Missmut entlädt sich immer wieder in gewaltsamen Ausschreitungen. Ein erster ernstzunehmender Schritt der Vergangenheitsaufarbeitung und insbesondere der

Menschenrechtsverletzungen stellt das sogenannte Khmer Rouge Tribunal (Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia, ECCC) – ein von den Vereinten Nationen unterstützter kambodschanischer Gerichtshof – dar. Seit 2008 wird hier den überlebenden Hauptverantwortlichen für die Ermordung von 1,7 Millionen Menschen der Prozess gemacht. Den Opfern des damaligen Regimes ist es möglich, direkt als Nebenkläger aufzutreten und Entschädigungen zu fordern.

Das Khmer Rouge Tribunal trägt vor allem zu einer juristischen Aufarbeitung der Vergangenheit und somit zu einer retributiven Gerechtigkeit bei. Der ZFD ergänzt diesen Prozess um Maßnahmen, die eine „restaurative“ Gerechtigkeit anstreben – also eine Gerechtigkeit im Sinne von Wiedergutmachung, Versöhnung und erneutem Vertrauen. Zusammen mit seinen Partnern verbreitet er durch konflikttransformierende Maßnahmen die Botschaft von Versöhnung und Gerechtigkeit. Konkret handelt es sich dabei um (Reparations-)Projekte für Opfer der Khmer Rouge; um Erinnerungs- und Dialogarbeit sowie Wahrheitsfindung zur Förderung einer konfliktsensiblen Vergangenheitsaufarbeitung; und um Schulungen zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure in den Bereichen Oral History, Dialog, psychosoziale Betreuung und zivile Konfliktbearbeitung. Die Maßnahmen bewirken eine Stärkung der Menschenrechte und der seelischen Gesundheit der kambodschanischen Bevölkerung.

Die Unterstützungsarbeit des ZFD trägt Früchte. Durch die Aus- und Fortbildung kambodschanischer Anwälte und Psychologen in Orientierung an den Lehren aus der internationalen Zusammenarbeit mit dem ECCC verbesserten sich die Qualität und das Angebot von Rechtsberatung und psychosozialer Betreuung. Die Nebenkläger sind informiert und fühlen sich vor Gericht vertreten. Psychologische (Telefon-)Beratungen und Testimonial Therapien stärkten das allgemeine Wohlbefinden der Klienten (Zeugen, Nebenkläger,

Überlebende) und ermöglichten eine verbesserte Bewerkstelligung des Alltags. Sie halten dem Stress der Verfahren besser stand und treten im Gerichtssaal souverän auf.

Der öffentliche Diskurs über Erinnerung, Aufarbeitung und Versöhnung konnte durch verschiedene Formate verstärkt und differenziert werden. Ehemalige Khmer Rouge sowie Personen, die stillen Widerstand geleistet oder Opfern geholfen haben, sprechen öffentlich. An Orten des Verbrechens sind Gedenkkomitees entstanden. Eine große Anzahl an Jugendlichen wurde durch Trainings, Dialogforen und soziale Medien im Hinblick auf Vergangenheit informiert und sensibilisiert. Dialoge zwischen Jugendlichen und Überlebenden richten sich nun gegen das Vergessen. Ein Instrument hierfür stellt die in einem Projekt produzierte multimediale Internetseite „Mapping Memories Cambodia“ dar. Sie ermöglicht unter Verwendung von Zeugenaussagen Überlebender einen digitalen Geschichtsunterricht. Durch die Vertonung gewinnen die Aussagen an Authentizität und sind dadurch jenseits der Jugendlichen auch für eine breite, leseferne Öffentlichkeit zugänglich.

Das informelle und das formelle Bildungswesen blendet die Zeit der Roten Khmer nicht länger aus. Jugendliche,

v.a. Studierende, haben nun die Möglichkeit, sich aktiv mit der eigenen Vergangenheit und deren Bedeutung für die Gegenwart auseinanderzusetzen: Sie haben Zugang zu Literatur und Internet, produzieren Videos zu sozialen Themen und Themen mit Vergangenheitsbezug, beteiligen sich an Übungen zu psychosozialer Unterstützung oder an Veranstaltungen zur Vergangenheitsbewältigung.

Nebenkläger nehmen dank der Unterstützung von ZFD-finanzierten Lead Co-Anwälten aktiv am ECCC-Verfahren teil. So sagten einige der Nebenkläger als Zeugen gut vorbereitet aus und äußerten sich souverän auf Foren, Treffen, Trainings und Ausstellungen (teilweise auch durch ihre Anwälte). Ferner tragen bedürfnisorientierte Unterstützungsmaßnahmen (Reparationen, außergerichtliche Maßnahmen) zu einer Aufrechterhaltung der Erinnerung, einer Vermittlung von Wissen und einer Heilung von Wunden bei.

Durch die Vergangenheitsaufarbeitung trägt der ZFD zu mehr Rechtsstaatlichkeit bei und kann so Menschenrechtsverletzungen präventiv entgegenwirken. Zudem stärken die Projekte insgesamt die psychosoziale Gesundheit der Opfer und geben der Gesellschaft die Kapazität, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und dadurch das Konfliktpotential zu mindern.



## Guatemala: Vergangenheitsarbeit und Förderung der Menschenrechte

Zwanzig Jahre nach Beendigung des Bürgerkriegs (1960 bis 1996) ist die guatemaltekeische Gesellschaft noch immer von Gewalt, Armut und sozialer Ungleichheit geprägt. Ethnische und kulturelle Diskriminierung gehen Hand in Hand mit sozialer, politischer und wirtschaftlicher Marginalisierung der vorwiegend indigenen Bevölkerungsmehrheit (60 Prozent der Gesamtbevölkerung).

Eine wesentliche Spannungskomponente liegt in der ungleichen Landverteilung. Proteste gegen den Abbau natürlicher Ressourcen werden von der Regierung mit repressiven Maßnahmen wie gewaltsamen Räumungen und Einschränkungen der Grundrechte im Keim erstickt. Menschenrechtsverteidiger, die für die Rechte der Enteigneten eintreten, werden nicht selten bedroht, eingeschüchert, tätlich angegangen oder getötet. Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zum Frieden stellt der schwache Staatsapparat dar. Es herrscht ein hohes Maß an Straflosigkeit (70 Prozent); Straftaten werden oft nicht verfolgt und geahndet, Menschenrechtsverbrechen und gruppenspezifische Gewaltakte an Indigenen und Frauen aus der Bürgerkriegszeit und aus der Gegenwart wurden und werden nur mangelhaft aufgearbeitet, die Opfer der Bürgerkriegszeit erhielten keine Wiedergutmachung und viele Menschen sind bis heute traumatisiert. Ferner ist der Staat kaum in der Lage, die Grundbedürfnisse und Rechte seiner Bürger/innen zu decken. Die demokratischen Strukturen sind labil und ermöglichen nur sehr eingeschränkt eine aktive Bürgerbeteiligung und tatsächliche Mitbestimmung.

Der ZFD setzt sich für eine Förderung der Menschenrechte und eine Stärkung von Kapazitäten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung als Beitrag zur Friedensentwicklung ein. Das Programm knüpft an die bisherige Arbeit zur Aufarbeitung schwerer Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des Transitional Justice Prozesses an und lenkt darüber hinaus seinen Blick auf aktuelle Menschenrechtsverletzungen (insbesondere an besonders vulnerablen Gruppen wie Frauen und indigenen Völkern). Die Zielgruppen sowie deren zivilgesellschaftliche Vertreter sollen in die Lage versetzt werden, ihre Rechte aktiv einzufordern. Denn der Schutz, die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte sind Grundlage für die gewaltfreie Konflikttransformation. In seinem Vorgehen berät der ZFD staatliche und nichtstaatliche Akteure, die sich für

den Schutz, die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte und die Aufarbeitung von vergangenen und gegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung unterstützt der ZFD Projekte, die die Auswirkungen der Gewaltkultur auf Individuen und soziale Beziehungen bearbeiten, Angst abbauen, Vertrauensbildung fördern und Potenziale für gesellschaftliche Dialog- und Versöhnungsprozesse aktivieren. Auch werden staatliche Institutionen dazu befähigt, ihre Rolle als Pflichtenträger besser wahrzunehmen.

Durch die Unterstützungsmaßnahmen des ZFD werden schwere Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet. So wurden zwei Studien zur Vergangenheitsarbeit erstellt und an Universitäten und öffentlichen Veranstaltungsorten bekannt gemacht. Sie stellen wichtige Werke zum Thema dar. Die Partnerorganisatin CAFCA (Zentrum für forensische Analysen und angewandte Wissenschaft) führt im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Guatemalas Fortbildungen für Staatsanwälte und polizeiliche Ermittler zu Fallmanagement und Ermittlungsmethoden durch. Die Teilnehmer führen nun Ermittlungen rascher und wirksamer durch und bewirken Veränderungen in der Organisationsstruktur der lokalen Staatsanwaltschaften im Sinne einer Effizienzerhöhung ihrer Arbeit. Eine Untersuchung ergab: Bei den geschulten Staatsanwälten hat sich die Quote der Fallaufklärung gegenüber Nicht-Teilnehmenden signifikant erhöht (um 23 Prozent).

Psychosoziale und juristische Begleitung für Frauen, die Opfer systematischer sexueller Gewalt während des Bürgerkrieges wurden, tragen zur Vergangenheitsaufarbeitung und Gewaltprävention bei. Die Frauen unterbrechen nun ihr jahrzehntelanges Schweigen, es findet ein aktiver Umgang mit intimen traumatische Erfahrungen statt – etwa in Form eines Theaterstückes zur Thematisierung der Situation –, und sie agieren als aktive Multiplikatorinnen im Engagement für Gewaltprävention.

Durch die Durchführung von Dialogprozessen unter Einsatz kreativer und partizipativer Methoden konnte der innergesellschaftliche Dialog gefördert und die Auseinandersetzung mit der Gewaltkultur zum Aufbau gewaltfreier sozialer Beziehungen gestärkt werden. Die Zielgruppen haben Dialog als gemeinsamen Lernprozess verstanden, der möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen

einbezieht und Menschen Raum zum Ausdruck ihrer Bedürfnisse und Emotionen bietet. Die Dialogprozesse gaben ferner einen Handlungsanstoß: Bürger/innen rufen vermehrt selbst Initiativen ins Leben.

Traditionelle indigene Schlichtungsinstanzen wurden gestärkt. Durch eine Erhöhung der Präsenz indigener Bürgervertreter/innen in den Medien, durch Fortbildungen und rechtliche Beratung, der Einrichtung einer Gemeindebibliothek mit Büchern über die Geschichte, indigene Mythologie und Poesie und durch Workshops zum Thema indigener Weltanschauung wurden traditionelle indigene Autoritäten in ihren Strukturen, Verfahren und in ihrer Legitimität gestärkt. Sie treten nun selbstbewusster auf und agieren auf Grundlage ihres erweiterten Wissens als Vermittler zwischen dem Staat und der indigenen Bevölkerungsgruppen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Versöhnung und somit zur Stärkung sozialer Beziehungen leisten Maßnahmen im Bereich der sozialen Kommunikation. Im Rahmen von Programmen lokaler Radiosender findet konflikt sensible Berichterstattung statt – vorausgegangen sind diesen Schulungen der Radiomitarbeiter und Gemeindereporter im Bereich Konflikt- und Risikoanalyse. Wöchentlich werden nun Informations- und Aufklärungsradioprogramme zum Thema Landkonfliktivität ausgestrahlt. Außerdem wurde ein gemeinsames Onlineportal für Vergangenheitsarbeit in Guatemala aufgebaut. Dies steigerte das Interesse verschiedener Menschenrechtsorganisationen, ihr digitales Wissensmanagement zu erhöhen und ein gemeinsames Informationsmanagement zu betreiben. Kooperativ arbeiten sie daran, Informationen zum Bürgerkrieg einem breiten Publikum zugänglich zu machen.



## Kenia: Dialogförderung und Gewaltminderung – Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure

Große Teile Kenias sind geprägt von innenpolitischer Instabilität. Nach über fünfzig Jahren Unabhängigkeit beeinträchtigen Konflikte, schlechte Regierungsführung und Korruption die Entwicklung und Demokratisierung im Land. Die kenianischen Präsidentschaftswahlen 2007/08 bedingten nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse gewaltsame Ausschreitungen und Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte und bewaffnete Gruppen – und brachten das Land an den Rand eines Bürgerkrieges: es gab mehr als 1.000 Tote, Tausende Verletzte und über 600.000 Vertriebene. Zwar wurde im Jahr 2010 ein Reformprozess angestoßen, im Rahmen dessen es zu einer Verfassungs- und einer Justizreform kam, Umgestaltungen im Sicherheitssektor und egalitäre Landreformen blieben jedoch aus. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass auch im Wahljahr 2013 Unstimmigkeiten im politischen Prozess aufbrachen, die sich in vereinzelt Anschlägen äußerten. Eine Aufarbeitung der historischen Ungerechtigkeiten sowie eine Bekämpfung der Straflosigkeit – insbesondere mit Blick auf die Nachwahlunruhen – und der Korruption ist aufgrund eines fehlenden politischen Willens meist nicht gegeben. Konflikte um Ressourcen (vor allem Land, Wasser, Nahrungsmittel) steigern das Konfliktpotenzial und gefährdet das Überleben vieler Menschen. Weitere Gewaltakte sind ethnisch motiviert und richten sich vor allem gegen Angehörige bestimmter lokaler ethnischer Gruppen. Insbesondere Frauen und Mädchen sind Opfer der systematischen Gewalt. Die Regierung greift kaum in Konflikte ein und wenn, dann mit exzessiver Gewalt. Täter werden nicht zur Rechenschaft gezogen und es werden keine Maßnahmen ergriffen, um weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Verschärft hat sich die Lage insbesondere seit 2013: Repressionen gegen politische Gegner, zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger nehmen zu. Ein potentieller Konfliktherd besteht angesichts des seit einigen Monaten laufenden Wahlkampfes für die Präsidentschafts- und Parlamentswahl im August 2017 –

eine große Herausforderung angesichts der bestehenden Spannungen.

Der ZFD unterstützt die kenianische Gesellschaft in ihrer Fähigkeit zu Dialog und gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Konkret berät er hierfür seine kenianischen Partner unter Einbezug unterschiedlicher Konfliktebenen und Arbeitsansätzen im Sinne einer ganzheitlichen Konfliktbearbeitung; er unterstützt die Umsetzung der Verfassung und der dazu notwendigen Reformen, insbesondere der Landreformen; er stärkt den Versöhnungsprozess; und trägt durch Kompetenzerweiterung der Partner und Dialogförderung zwischen den Akteuren zum Aufbau nachhaltiger Strukturen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung bei.

Die Unterstützungsmaßnahmen des ZFD zeigen weitreichende Wirkungen.

Der Großteil der Mitarbeiter/innen der Partnerorganisationen sind durch die Beratungsleistung in der Lage, konfliktsensibel zu arbeiten und verschiedene Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung anzuwenden. Bei einigen ist Do no harm integrativer Bestandteil der Programmplanung und -gestaltung. Bei einer Partnerorganisation erfolgte durch ein on-the-job-coaching Kapazitätenstärkung; so finden nun beispielsweise regelmäßige Treffen statt, bei denen Entscheidungen auf Ebene der Partnerorganisation partizipativ getroffen werden. Auch kam es zum Abbau von Hierarchien innerhalb der Partnerorganisation.

Interessengruppen wurden befähigt, ihre Anliegen gewaltfrei darzulegen. Mittels entwickelter Kommunikationskanälen und Dialogstrukturen kommunizieren die Partner relevante Themen wirksam und konfliktsensibel und vermitteln diese Fähigkeiten an andere weiter. Es wurden Trainings zu gewaltfreier Kommunikations- und Konfliktbearbeitung, sowie Fortbildungen in den Bereichen konfliktsensibler Kommunikation, Social Media und digitale Sicherheit durchgeführt. Die Partnerorganisationen werden auf Grundlage ihres erweiterten Wissens vermehrt als

Vermittler angefragt. Außerdem wurden nachhaltige Dialogstrukturen in Form monatlicher Netzwerktreffen aufgebaut. Das Netzwerk bietet eine Plattform für gemeinsame Aktionen im Bereich Aufklärung, Mapping von Beratungseinrichtungen, Weiterbildung und psychosoziale Beratung. Die Dialogstrukturen bilden eine gute Basis für weitere interethnische Dialoge zwischen Männern und Frauen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit und partizipative Führung. Die Zielgruppen organisieren sich durch diverse Trainingsangebote zunehmend über ethnische und andere Konfliktlinien hinweg und beginnen, Prozesse

gewaltfreier Bearbeitung von Ressourcenkonflikten eigenständig zu gestalten. So wurde beispielsweise ein Peace Ambassador Programme entwickelt, im Rahmen dessen VertreterInnen verfeindeter Pastoralistengruppen in Dialog treten. Auch durch einen vom ZFD initiierten Dialog zwischen Dorfältesten aus dem Rift Valley und Zentralkenia konnten interethnische Vorurteile abgebaut und ein gemeinsames Lernen angestoßen werden. Die ZFD-Maßnahmen gehen die Ursachen gewaltsam ausgetragener Konflikte an und stärken somit den kenianischen Versöhnungs-, Friedens- und Demokratisierungsprozess.





## Bolivien: Interkulturelle Dialogförderung im bolivianischen Tiefland

Seit der Jahrtausendwende befindet sich Bolivien in einem tiefgreifenden sozialen und politischen Wandel. Treibende Kraft ist die 2005 gewählte sozialistische Partei MAS (Movimiento al Socialismo) unter Evo Morales als Staatspräsident. Als Vertreter der indigenen Bevölkerung stieß er tiefgreifende Reformen an. 2009 erhielt das Land eine neue Verfassung als „plurinationaler“ Staat. Bestandteil dieser ist ein Gesetz zur Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung, wodurch politische Entscheider vor Ort mehr Befugnisse erlangen. Der damit verbundene Umbau des Staates birgt Chancen, verstärkt jedoch auch Interessenkonflikte zwischen Regierung, indigenen und anderen Gruppen. Ein erhöhtes Konfliktpotential besteht in den Bereichen demokratische Regierungsführung und Partizipation auf sub-nationaler Ebene, wo ein wachsender Unmut der Bevölkerung erkennbar ist – dieser äußert sich in Streiks, Straßenprotesten und Blockaden. Resümiert betrachtet enttäuschte Evo Morales viele Erwartungen und tendiert mehr und mehr zu autoritärem Handeln und Machterhalt. Hinzu kommen weitere Konfliktherde: Die hohe Armut, insbesondere im ländlichen Raum und innerhalb der indigenen Bevölkerung, die geringe soziale und wirtschaftliche Beteiligung der indigenen Bevölkerung sowie die Politik der massiven Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Wasser und Boden.

In Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen unterstützt der ZFD zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure dabei, Spannungen und Konflikte um soziale Teilhabe und natürliche Ressourcen gewaltfrei und konstruktiv zu bearbeiten. Dazu werden Dialogprozesse und -plattformen angestoßen und begleitet. Besonderes Augenmerk gilt indigenen Völkern, Kleinbauern/bäuerinnen und Frauen. Sie werden darin gestärkt, ihre Interessen einzufordern, ihre Rechte durchzusetzen und ihre Mitsprache bei öffentlichen Entscheidungsprozessen und der Ausarbeitung lokaler Rechtsvorschriften zu erhöhen.

Regionaler Fokus ist das bolivianische Tiefland in den Regionen Chiquitania, Chaco und Amazonien. Ziel der Unterstützungsmaßnahmen ist es, Vertreter/innen unterschiedlicher Gruppen auf Mikro- und Mesoebene miteinander in Dialog zu bringen, gegenseitige Vorurteile abzubauen und innerhalb der Gruppe sowie zu den jeweils anderen die Bereitschaft zu Dialog, gegenseitigem Verständnis und gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu fördern. Sehr dienlich hierfür ist die Bolivianische Dialogschule. Sie dient als geschützter Lern- und Erfahrungsraum und befähigt ZFD-Partner zur Anwendung von Konzepten und Methoden der gewaltfreien Konflikttransformation und der konfliktsensiblen Kommunikation in der Arbeit unter Berücksichtigung der Querschnittsthemen Gender, Menschenrechte und Konfliktsensibilität. Der ZFD im Projekt nach bestimmten Prinzipien. Sie setzen systemisch beim Verhalten einzelner Menschen an und gehen davon aus, dass Änderungen im Konfliktverhalten Einzelner zu positiven Erfahrungen und damit zu Einstellungsänderungen führten, die eine Änderung von Strukturen bewirken (können). Sie gehen von dynamischen Wechselwirkungen aus und setzen auf verschiedenen Ebenen der Zivilgesellschaft an (lokale, regionale und nationale Ebene sowie verschiedene Ebenen innerhalb von Organisationen). Entsprechend dem Grundsatz der Allparteilichkeit bezieht es Eliten wie etwa Großgrundbesitzer, staatliche Stellen, Banken und Privatunternehmen in seine Maßnahmen mit ein.

Dank der Unterstützungsmaßnahmen des ZFD konnten zahlreiche Erfolge erzielt werden.

Eingangs genannte Gruppen, die bislang von politischen Entscheidungen ausgeschlossen waren, werden nun von öffentlichen, sozialen und privaten lokalen Instanzen in Entscheidungen der lokalen Politik miteinbezogen. Alle Instanzen, die den Willen hierzu mitbringen, sind in einem Akteursmapping zusammengeführt und haben ein gemeinsames Verständnis über den Umfang, das Ausmaß und den

Einflussradius von demokratischen Dialogprozessen und sehen die Notwendigkeit der Entwicklung demokratischer Beteiligungsprozesse. Greifbare Wirkungen stellen die in verschiedenen Landkreisen erarbeiteten Autonomiestatute oder das in der Provinz Velasco erstellte Munizipalgesetz zur Garantie der Bürgerbeteiligung in allen Phasen politischer Prozesse dar.

Ressourcenkonflikte werden zunehmend gewaltfrei im Rahmen des Schutzes und der Gewährleistung der Menschenrechte bearbeitet. Ebenend hierfür sind diverse Entwicklungen. So beispielsweise bildete die Partnerorganisation LIDEMA Angehörige des indigenen Volks der Mometén und ihre Dachorganisationen über Folgen der Erdölförderung und in der dialogorientierten Erarbeitung von Vorschlägen für eine nachhaltige Landnutzung und Entwicklung fort; in vier Munizipien wurde neue Vorstände gewählt, die sowohl territorial als auch sektorial inklusiver sind als zuvor; es gibt ein Konfliktmonitoring-System mit Daten zum aktuellen Stand und zu Konflikten bei der rechtlichen Sicherung indigener Territorien sowie deren Umwandlung in indigene Autonomien; und staatliche Akteure und

Privatunternehmen sind zunehmend für die Rechte und Interessen der Gemeinden sensibilisiert (dies zeigt sich beispielsweise in der Einbindung der regionalen Indigenenvertretung und des Viehzüchterverbands in den Vorstand der regionalen Dialogplattform Bosque Modelo Chiquitano, in der Vertreter/innen der Munizipien aktive Mitglieder sind).

Die Bolivianische Dialogschule trifft auf sehr positive Resonanz. Circa die Hälfte der Teilnehmenden an den Dialog- und Konflikttransformationstrainings im Jahr 2016 bestätigte einen inneren Lernprozess.

Konzepte und Methoden der gewaltfreien Konflikttransformation und konfliktsensiblen Kommunikation werden in den Partnerorganisationen implementiert. In der Fundación Norsur etwa gab das Personal sein in der Dialogschule gewonnenes Wissen über Demokratischen Dialog an alle angestellten Techniker weiter. Das Thema wird zudem in der Einführung neuer Mitarbeiter behandelt. Zwei weitere Partnerorganisationen haben Dialog und konstruktive Konfliktbearbeitung in ihrer strategischen Planung und Unternehmenspolitik verankert und auf diese Weise institutionalisiert.



## Libanon: Stärkung der zivilen Konflikttransformation

Der Libanon befindet sich in einem Ungleichgewicht. Die politische Zukunft ist ungewiss, die wirtschaftliche Lage schlecht und die libanesische Gesellschaft stark gespalten. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die gewaltsame Vergangenheit: Der langjährige Bürgerkrieg von 1975 bis 1990, die syrische Besatzung bis 2005, die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen libanesischer Hisbollah-Miliz und dem benachbarten Israel 2006, die innenpolitischen Unruhen von 2006 und 2008, der Bürgerkrieg im benachbarten Syrien sowie nationale, regionale und konfessionelle Fragmentierungen haben Spuren im sozialen Gefüge einer ohnehin stark fragmentierten Bevölkerung hinterlassen. Auch spielt die religiöse Diversität eine wichtige Rolle. Insgesamt 18 Religionsgemeinschaften sind im Libanon anerkannt, darunter schiitische und sunnitische Muslime, maronitische Christen sowie viele weitere christliche Religionsgemeinschaften der Ost- und Westkirchen, Drusen und eine sehr kleine jüdische Minderheit. In der jüngsten Vergangenheit gestaltet sich die Begegnung zwischen den Gruppierungen zunehmend schwieriger. Viele Menschen sehen sich und ihre Gemeinschaft als die einzigen Opfer an und schreiben den jeweils „anderen“ die Schuld an der prekären Situation zu. Es gibt eine geringe Bereitschaft der Vernetzung und Koordinierung, der Dialog untereinander ist zunehmend nicht existent. Misstrauen, Vorurteile und Ängste machen sich zwischen den gesellschaftlichen, politischen und konfessionellen Gruppen breit. Die überproportional hohe Anzahl an Kleinwaffen in Libanon begünstigt die gewaltsame Konfliktaustragung. Das fehlende staatliche Gewaltmonopol, die Kontinuität der Bürgerkriegseliten in politischen Ämtern und die damit verbundene Kultur der Straflosigkeit führen zu immer wiederkehrenden Spannungen. Die Aufarbeitung der (Bürgerkriegs-)Vergangenheit ist von der politischen Agenda nahezu verschwunden. Stattdessen ist das Geschichtsverständnis gruppenspezifisch gefärbt und wird politisch instrumentalisiert. Die Auswirkungen des Bürgerkriegs im Nachbarland Syrien beeinflussen die Gesamtsituation negativ. Eine weit verbreitete Resignation veranlasst viele qualifizierte junge Menschen zum Verlassen des Landes. Denn oftmals finden sie im Libanon keine Gestaltungsspielräume. Für viele Syrer ist der Libanon unfreiwillig ein längerer Aufenthaltsort geworden. Die administrativen Hürden für Syrer, sich legal im Land

aufzuhalten oder zu arbeiten, wurden durch den libanesischen Staat weiter erhöht. Dies führt zu Frust und Ohnmachtsgefühlen auf syrischer Seite, baut auf libanesischer Seite aber weder Angst noch Misstrauen ab. Insgesamt ist die Infrastruktur überlastet und der ökonomische Druck verschärft sich. Die angespannte Situation führt zu gravierenden Konflikten zwischen Einheimischen und Geflüchteten. Zudem belastet die Beteiligung libanesischer Akteure (Hisbollah und sunnitische Islamisten) am syrischen Bürgerkrieg das Gemeinwesen und die politische Stabilität im Libanon.

Der ZFD unterstützt in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen verschiedene Plattformen, die den interreligiösen und innergesellschaftlichen Dialog anregen. Dazu gehören Veranstaltungsreihen für künftige religiöse Würdenträger und mit politischen Nachwuchsorganisationen, aber auch mit Medien- und Kunstschaffenden sowie mit Jugendlichen, Studierenden und der allgemeinen Bevölkerung. Auf spielerische Art und Weise werden Methoden der gewaltfreien Kommunikation Menschen in entlegenen Kommunen nahegebracht. Ein eigenes dafür entwickeltes Brett- und Rollenspiel mit dem auffordernden Titel „Let's talk“ ermöglicht die Erprobung der Methoden gewaltfreier Konflikttransformation anhand realer Konflikte. Ein Pilotprojekt stößt zudem eine konfessionsübergreifende Debatte über eine wünschenswerte Zukunft an, die ein Bewusstsein über den Umgang mit Konflikten schaffen soll und durch einen Perspektivwechsel gewaltfreies Verhalten in den Bereich des Denkbaren verschiebt.

Durch Workshops und Trainings wurden die Kapazitäten für Friedensaktivitäten gestärkt. Vermittelt wurden klassische Kommunikations- und Moderationstrainings sowie praktische Kenntnisse (Onlinejournalismus, Videotrainings) zur Außendarstellung. Insgesamt wurden 407 Menschen erreicht, darunter auch Lehrerinnen, die eine wichtige Funktion als Multiplikatorengruppe einnimmt.

Friedensprogramme konnten durch Coachings verbessert werden, indem Peacebuilder im Rahmen von Workshops/Trainings und einem internationalen Arbeits- und einem Lerncamp ausgebildet wurden. Thematisch geht es um den Abbau von

Vorurteilen, die bewusste Auseinandersetzung mit religiöser Differenz und das Anstoßen von weiterer Begegnungsarbeit der Teilnehmer innerhalb ihrer Gemeinden. Die Peacebuilder produzierten einen Kurzfilm, der blinden Gehorsam gegenüber Führungsfiguren im libanesischen Kontext hinterfragt. Dieser wird nun an Universitäten und in den Gemeinden der Peacebuilder gezeigt, mit anschließender Diskussionsveranstaltung.

Die Integration praktischer Friedenthemen an Bildungsinstituten bleibt schwierig. Zwar gelang an der Beirut Arab University über das genannte Brett- und Rollenspiel ein vielversprechender Auftakt, die

Institutionalisierung erwies sich aber aufgrund diverser Hindernisse als nicht möglich.

Der Dialog zwischen konfessionellen Gruppen konnte durch Workshops und informelle Begegnungsarbeit gestärkt werden. Zielgruppe waren v.a. Nachwuchspolitiker, Theologie- und Shariastudenten sowie Mitglieder aus Pfadfindergruppen. Denn Interaktion zwischen diesen findet nicht automatisch statt. Es wurden Räume geschaffen, innerhalb derer ein regelmäßiger Austausch über Friedens- und Begegnungsarbeit, aktuelle Gefahren wie die Radikalisierung von Jugendlichen und Zukunftsvisionen thematisiert wurden.

#### **Impressum**

##### **Herausgeber:**

Deutsche Gesellschaft für  
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH  
Ziviler Friedensdienst

Sitz der Gesellschaft  
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 40  
53113 Bonn, Deutschland  
T +49 0228-44601452  
E [zfd@giz.de](mailto:zfd@giz.de)  
I [www.giz.de/ziviler-friedensdienst.de](http://www.giz.de/ziviler-friedensdienst.de)  
f @gizzfd

Bonn, 2017

##### **Autor/Verantwortlich/Redaktion etc.:**

Romy Stanzel, Bonn

##### **Design/Layout etc.:**

Romy Stanzel, Bonn  
Svenja Jandrasits, Bonn

##### **Fotonachweise/Quellen:**

ZFD der GIZ

##### **URL-Verweise:**

Für Inhalte externer Seiten, auf die hier verwiesen wird, ist stets der jeweilige Anbieter verantwortlich. Die GIZ distanziert sich ausdrücklich von diesen Inhalten.

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Mit Unterstützung des



**Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung**